

Zum morgigen „Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ (5. Mai) erklärt die behindertenpolitische Sprecherin Diana Bader: Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben Rechte. Das diesjährige Motto „#MissionInklusion – Die Zukunft beginnt mit dir“ könnte es kaum besser auf den Punkt bringen. Nicht nur die Politik ist in der Pflicht, sondern jede Bürgerin und jeder Bürger. Wir alle entscheiden, wie wir gemeinsam leben wollen. Auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen haben ein verbrieftes Menschenrecht auf uneingeschränkte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Am 26. März 2019 feierte die UN-Behindertenrechtskonvention bereits ihren 10. Jahrestag, aber noch immer ist der große Wurf nicht gelungen. Kitas und Schulen haben sich zwar auf den Weg gemacht, inklusiv zu werden und auch Freizeitangebote sind häufiger barrierefrei, aber Ungleichbehandlungen sind nach wie vor traurige Realität. Sie zeigen sich besonders in der Leistungsgewährung und im rechtlichen Bereich.

Sowohl in Brandenburg als auch im Bund gibt es große Lücken. Noch immer werden Eltern von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur Kasse gebeten, wenn es um die Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder geht, obwohl Brandenburg hier inzwischen die Ferienbetreuung für Kinder mit Förderbedarfen geistige Entwicklung finanziert.

Noch immer gibt es eine Ungleichbehandlung zwischen Kindern und Jugendlichen mit psychischen Beeinträchtigungen und jenen mit anderen Einschränkungen. Diese bekommen ihre Hilfen nicht über das Kinder- und Jugendhilferecht, sondern über das nachrangige System der Sozialhilfe.

Alle jungen Menschen – egal mit welcher Einschränkung – müssen das Recht haben, Kind oder Jugendlicher sein zu dürfen und nicht als „Behinderungsfall“ in der Sozialhilfe zu landen. Wir kämpfen weiter für mehr inklusive Kinder- und Jugend-Freizeitangebote im Land und für die sogenannte „Große Lösung“ auf Bundesebene, damit alle Kinder und Jugendlichen ihre benötigten Leistungen über das Kinder- und Jugendhilferecht erhalten und nicht mehr aus der Sozialhilfe.